

DER SPRINGENDE PUNKT



» IM GESPRÄCH
mit Gabriela Heinrich

» BAYERN SPD-
LANDTAGSFRAKTION
legt Masterplan für klimaneut-
rales und soziales
Bayern vor



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

die Bilder der Verwüstung aus den vom Hochwasser betroffenen Gebieten machen auch uns bei der SPD Nürnberg sprachlos. Wir trauern um die vielen Toten und fühlen mit den Verletzten sowie Tausenden, die alles verloren haben. Unsere Gedanken sind bei den Familien der Opfer!

Eins ist sicher: Die Menschen brauchen unsere Solidarität und Unterstützung. Jetzt tut schnelle Hilfe not. Wir alle können etwas tun. Daher rufe ich Euch in dieser Ausgabe dazu auf, zu spenden (S.12). Sofern es Euch und Ihnen möglich ist: Tut es!

Den unzähligen Helferinnen und Helfern in den Hochwassergebieten, die zum Teil auch aus Franken kommen und Tag und Nacht Hilfe leisteten und leisten: Ihr seid die Besten! Danke euch!

Der Alltag in Nürnberg geht gleichzeitig weiter. Vor uns steht ein wichtiger Wahlkampfendspurt. Ich bitte euch: Unterstützt die zentralen Infostände und die Aktionen der OV's und AG's. Es geht für uns als SPD um alles.

Mit solidarischen Grüßen

Euer

Nasser Ahmed



Foto: Peter Roggenthin

Im Rahmen einer Sommertour durch Bayern hat der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, die noris inklusion in Nürnberg besucht. Zusammen mit der Nürnberger SPD-Bundestagsabgeordneten Gabriela Heinrich und dem SPD-Bundestagskandidaten Thomas Grämmer, unserem Vorsitzenden Nasser Ahmed, Stadtrat Gerhard Groh und der Sozialreferentin der Stadt Nürnberg, Elisabeth Ries, erkundigte er sich nach der Lage von Menschen mit Behinderung während der Corona-Pandemie.

Die noris inklusion gGmbH ist eine Tochtergesellschaft der Stadt Nürnberg. Sie bietet vielfältige Angebote für erwachsene behinderte Menschen in Nürnberg – ganz nach dem Motto „Mittendrin und dabei“. Sie ist Arbeitgeberin für über 500 Menschen, bietet Wohnprojekte, Wohnheime und ambulant betreutes Wohnen, ist Bildungsbegleiterin und gestaltet gemeinsam mit den behinderten Menschen auch deren Freizeit. Am Marienbergpark betreibt die noris inklusion die Natur-Erlebnis-Gärtnerei.

Christian Schadinger, Geschäftsführer der noris inklusion, führte die Gäste durch den

Markplatz Marienberg, wo sie auch die Gelegenheit hatten, mit Angestellten an ihren Arbeitsplätzen ins Gespräch zu kommen. Dabei durften nicht nur die vielen regionalen, teilweise handgefertigten Produkte, Pflanzen und Lebensmittel betrachtet werden. Herr Schadinger hat die Genoss*innen auch hinter die Kulissen geführt. Sei es in die Töpferei mit eigenem Brennofen, die Räumlichkeiten, wo die Angestellten ausgebildet und geschult werden, sowie über das große Areal der noris inklusion, mit eigenem Hühnergehege und Gewächshäusern. Unsere Gäste, allen voran Hubertus Heil, konnten so die Vielfalt der noris inklusion kennenlernen.

„Menschen mit Behinderung sind ein fester Teil unserer Gesellschaft. Das gilt auch für den Arbeitsmarkt. Wir müssen weiter daran arbeiten, Barrieren abzubauen und Menschen mit Behinderung als Kompetenzträger*innen anzuerkennen“, sagte Bundesminister Hubertus Heil. „Die noris inklusion leistet einen unschätzbaren Beitrag zur Inklusion in Nürnberg“, erklärte Gabriela Heinrich. „Hier wird Menschen mit Behinderung die Möglichkeit gegeben, einer eigenen »

Beschäftigung nachzugehen. Wichtig ist auch die Begegnung von Menschen mit und ohne Behinderung. So findet Inklusion auf Augenhöhe statt.“

Die Auswirkungen der Pandemie stellte die noris inklusion vor neue Herausforderungen. Für die in den Werkstätten tätigen Menschen mit Behinderung galt während des Lockdowns ein Betretungsverbot. Infolgedessen konnten die Werkstatt-Beschäftigten nicht mehr arbeiten. Um die Angestellten nicht im Regen stehen zu lassen, zahlte die noris inklusion die Löhne auf eigene Kosten weiter und hoffte vergeblich auf eine Erstattung auf Basis des Infektionsschutzgesetzes.

Da die Werkstatt-Beschäftigten lediglich einen „arbeitnehmer-ähnlichen“ Beschäftigungsstatus haben, stand ihnen für diese Zeit auch kein Kurzarbeitergeld zu. „Das verstößt für uns ganz klar gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz“, monierte Christian Schädinger. „Menschen mit Behinderung in Werkstätten wurden pauschal vom Arbeitsleben ausgeschlossen, bekamen aber keine

Ersatzleistung ausgezahlt. Diese Regelungslücke gilt es zu schließen.“

Der Bund hat Einrichtungen der Behindertenhilfe, Inklusionsbetriebe, Sozialkaufhäuser und gemeinnützige Sozialunternehmen mit 100 Millionen Euro aus dem Corona-Teilhabe-Fonds unterstützt. Werkstätten für behinderte Menschen erhielten Zuschüsse aus Mitteln aus der Ausgleichsabgabe. Diese soll mögliche coronabedingte Entgeltausfälle kompensieren. „Einrichtungen wie die noris inklusion sind unentbehrlich für eine soziale und inklusive Stadtgesellschaft“, sagte Thomas Grämmer. „Gerade in schwierigen Zeiten wie jetzt müssen sie sich auf eine engagierte Unterstützung aus der Politik verlassen können.“

Zum Abschluss besuchten unsere Genoss*innen gemeinsam mit Hubertus Heil das Café Tante Noris am Hauptmarkt und zeigten sich beeindruckt von den innovativen Inklusionsprojekten. „Mittendrin statt nur dabei: Hier findet Begegnung statt“, meinte Heil abschließend. „Das wollen wir auch in Zukunft unterstützen.“



Im Gespräch mit Angestellten der noris inklusion: Ein Mitarbeiter der Töpferei schildert seine Erfahrungen während der Pandemie.

Seit wann bist du schon Mitglied der SPD? Was waren deine Gründe für den Beitritt in die Partei?

Ich bin der SPD 1991 beigetreten. Ich hab nur kurz überlegt, ob auch die Grünen in Frage kämen, aber dann war die Entscheidung klar: Meine Partei konnte nur die SPD werden. Wir in der SPD unterscheiden uns von anderen Parteien, weil es uns vor allem darum geht, dass jeder und jede seine Chance bekommt und sie nutzen kann. Sozialdemokratin zu sein heißt für mich, dass der Mensch im Mittelpunkt steht und niemand zurückgelassen wird. Dafür wollte ich mich einsetzen – zuerst einfach nur als SPD-Mitglied, dann als OV-Vorsitzende, später als Stadträtin und seit acht Jahren nun als Bundestagsabgeordnete. Und ich bin immer noch überzeugt: Nur die SPD bietet das Gesamtpaket. Wir verbinden Soziales und Klimaschutz und übernehmen Verantwortung, wo andere Parteien nur reden.

Gabriela, du bist ja bereits Mitglied des Bundestags. Aktuell finden die Sitzungswochen wahrscheinlich primär online statt. Aber mal ganz abgesehen davon, was passiert so im Arbeitsalltag einer Bundestagsabgeordneten?

Mein Alltag spielt sich immer zwischen Nürnberg und den Sitzungswochen in Berlin ab. In Nürnberg steht für mich der Kontakt zu den Menschen aus meinem Wahlkreis im Vordergrund. Hier treffe ich mich zu Bürgergesprächen, veranstalte Informations- und Diskussionsabende und besuche Vereine, Organisationen und Unternehmen vor Ort. Zuletzt leider meist nur digital. Für die Sitzungswochen fahre ich dann immer montags schon früh am Morgen nach Berlin. Dort ist die Woche dann eng durchgetaktet. Montags und dienstags reiht sich immer eine Sitzung an die andere – zum Beispiel mit der Fraktion und deren Vorstand und den Abgeordneten aus unserer Landesgruppe. Das kann locker mal bis 22 Uhr gehen. Und ja, du hast recht: Das Ganze hat eine Weile lang nur online stattgefunden. Da saß ich dann von früh bis spät vor meinem Bildschirm und war froh, als die Treffen wieder persönlich möglich waren! Ab Mittwoch geht's dann immer los mit dem Plenum, das die ganze Zeit über in Präsenz stattfand. Dort beraten wir Anträge und Gesetzesentwürfe, aber auch aktuelle politische Entwicklungen. Zwischendurch habe ich auch noch einige andere Termine. Zum Beispiel treffe ich mich regelmäßig mit den Sprecherinnen und Sprechern aus meinem Verantwortungsbereich und den zuständigen Referent*innen. Dazu kommen noch Treffen mit Regierungsvertreter*innen wie zuletzt dem Außenminister der Ukraine, mit Botschafter*innen oder NGOs, Interviews bis hin zu Diskussionsveranstaltungen. Hinzu kommt natürlich die Bearbeitung von unterschiedlichsten Bürgerbriefen aus Nürnberg – die

INTERVIEW MIT UNSEREN BUNDESTAGSKANDIDATEN: GABRIELA HEINRICH

Bandbreite reicht da vom Taxiverband mit Fragen zur Corona-Hilfe bis hin zum Klimaschutz – und nicht zuletzt die Vorbereitung auf meine Termine. Freitags fahre ich dann nachmittags mit dem ICE zurück nach Nürnberg.

Du bist seit September 2019 auch stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Welche Aufgaben kamen dadurch dazu?

Seitdem ich im Bundestag sitze, beschäftige ich mich schwerpunktmäßig mit Menschenrechten und Entwicklungspolitik. Mit meiner Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion sind jetzt noch zwei Bereiche dazugekommen: Außen und Verteidigung. Das ergänzt sich sehr gut, denn diese vier Bereiche erreichen nur dann Verbesserungen für die Menschen, wenn sie zusammenwirken. Meine Aufgabe ist es, unsere Fraktionsarbeit in diesen vier Bereichen zu organisieren. Es geht jetzt mehr darum, das große Ganze zu koordinieren und auch zum Beispiel im Rahmen von Positionspapieren zusammenzuführen. Normalerweise gehören auch Auslandsreisen und der internationale Austausch dazu. Kurz nach meiner Wahl ging es allerdings schon los mit Corona. Alle geplanten Reisen und Konferenzen mussten deshalb ausfallen – ob Israel, USA oder Russland.

Im Februar haben dich die Delegierten des Wahlkreises Nürnberg Nord als Kandidatin

für den Bundestag aufgestellt. Was sind deine politischen Schwerpunkte?

Ich möchte weiterhin dabei helfen, das Leben der Menschen real zu verbessern. Denn das haben wir die vergangenen vier Jahre mit einer Vielzahl an Maßnahmen erreicht. Für manche Menschen auch in Nürnberg hat sich das Leben zum Besseren gewendet, weil sie jetzt wegen unseres Qualifizierungschancengesetzes eine Weiterbildung bekommen. Oder weil sie mit dem Teilhabechancengesetz dabei unterstützt werden, aus der Langzeitarbeitslosigkeit heraus mit öffentlich geförderter Beschäftigung den Weg zurück in den Arbeitsmarkt zu finden. Unseren Ansatz im Zukunftsprogramm „Sozial. Digital. Klimaneutral“ finde ich genau richtig. Ein starker Sozialstaat, Aufstiegschancen mit Investitionen in Bildung und Weiterbildung und soziale Klimapolitik, die alle mitnimmt, statt auszugrenzen. Ich will mich im Bundestag natürlich auch weiter dafür einsetzen, dass Bundesförderung bei uns ankommt. Das hat in der aktuellen Wahlperiode ganz gut geklappt, zum Beispiel für die Reaktivierung des Volksbades oder dafür, Zeppelintribüne und Zeppelinfeld als Lern- und Erfahrungsort zur Geschichte der Reichsparteitage zu erhalten. Im Bundestag will ich mich für Frieden, Menschenrechte und Demokratie einsetzen. Dazu gehören der weitere Ausbau der Krisenprävention, der Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe, aber auch des globalen Klimaschutzes sowie ein faires Miteinander. Erst im Juni, kurz vor der Sommerpause, haben wir das

Lieferkettengesetz durchgesetzt – ein Vorhaben, für das wir in der SPD schon seit vielen Jahren kämpfen. Damit haben wir jetzt sichergestellt, dass große Unternehmen mit Sitz in Deutschland endlich Menschenrechte entlang ihrer globalen Lieferketten schützen müssen. Das ist ein Riesenerfolg, der jetzt auch in Europa neue Impulse setzen wird. Eine Herzensangelegenheit ist es mir auch, die Gleichstellung von Frauen und Männern weltweit voranzutreiben.

Der Wahlkreis Nürnberg Nord umfasst alles von der Altstadt bis hin zum Knoblauchsland. Was sind die Herausforderungen in deinem Wahlkreis?

Du sprichst es ja schon an: Mein Wahlkreis ist sehr vielfältig – genau wie wir als SPD! Die Themen reichen von Sauberkeit, öffentliche Sicherheit, Integration bis hin zu bezahlbarem Wohnraum für alle. Auch Stadtgrün ist ein wichtiges Thema und bewegt die Stadtgesellschaft. Ich glaube aber auch, dass Corona vielen Menschen bewusst gemacht, dass nichts selbstverständlich ist. Mir geht es darum, den Menschen deutlich zu machen, dass Kita-Plätze, Ganztagschulplätze und Anlaufstellen für Ältere, Pflegebedürftige, Jugendliche und Menschen mit Behinderung nicht einfach vom Himmel fallen. Das meiste davon gibt es in Nürnberg, weil es die SPD gibt. Auch soziale Klimapolitik und Digitalisierung, verbunden mit mehr Aufstiegschancen, werden nicht vom Himmel fallen. Das muss man wählen!



Manfred Scholz

von MANFRED SCHOLZ

Am Anfang der Polytechnischen Schulen, die alle zu Technischen Universitäten wurden, stand die „Egalité“ der Französischen Revolution. Gleiche Chancen für die fleißigen und lernwilligen Kinder aller Bürger*innen sollte die École Polytechnique bringen, die 1894 in Paris als erste ihrer Art gegründet wurde. Nach Prag 1806 und Wien 1815 wurde in Nürnberg im Jahr 1823 die vierte Polytechnische Schule (PTS) in Europa gegründet.

Das neue Konzept der Polytechnik als Konzentration auf die Technik und ihre Anwendung und den qualifizierten Zugang über entsprechende Vorkurse für jedermann überzeugte verantwortliche Nürnberger

Bürger*innen von der Gründung der ersten städtischen Einrichtung dieser Art. Sie wurde 1833 vom Königreich Bayern übernommen. Die PTS war dann auch wesentlich für die Entwicklung der ersten deutschen Eisenbahn verantwortlich. Johannes Scharrer und Goerg Simon Ohm leiteten die PTS.

Der **erste** Versuch der Stadt Nürnberg 1857 (Anlage 1), aus der PTS eine Technische Hochschule zu machen, wurde von König Maximilian II. wohlwollend zur Kenntnis genommen, von Ludwig II. aber nicht nur abgelehnt, sondern von der dreijährigen Polytechnischen Schule zur zweijährigen Industrieschule herabgestuft. Die Münchner PTS wurde zur „Höheren Polytechnischen Schule“, später zur „Technischen Hochschule“ heraufgestuft.



Anlage 1

Den **zweiten** Versuch unternahm der aus Franken stammende Kgl. Bayr. Kultusminister Robert von Landmann 1902 mit einer Landtagsvorlage (siehe Anlage 2), die aber am Widerstand von Würzburg, Bamberg und Augsburg scheiterte.

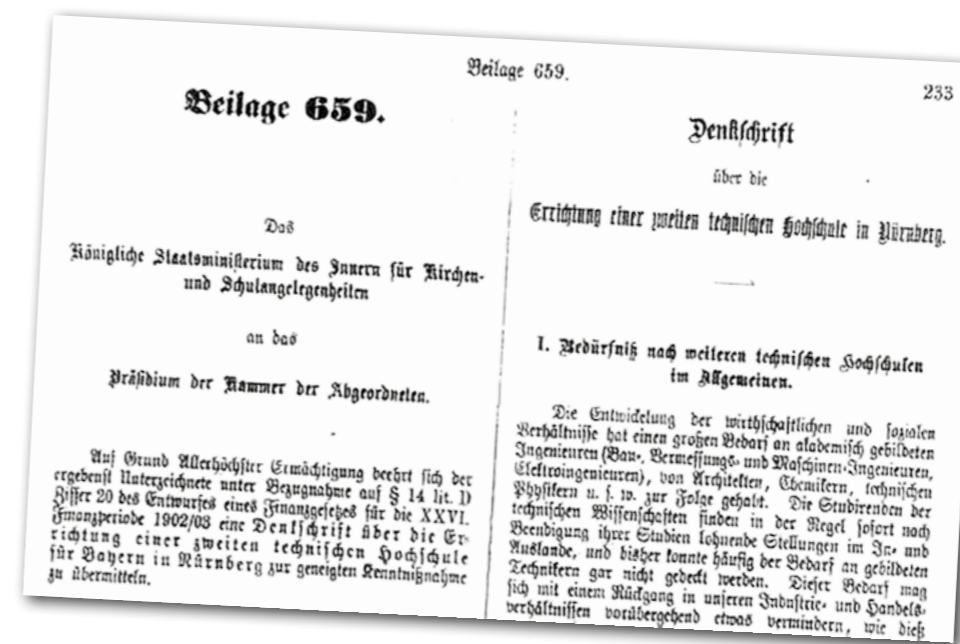
Der **dritte** Versuch wurde 1921 im Zusammenhang mit der Gründung der Handelshochschule – später WISO – unternommen. Das Ansinnen auf Technische Lehrstühle wurde vom Ministerium in München abgelehnt.

Der **vierte** Versuch Nürnbergs begann mit Gesprächen von SPD-Oberbürgermeister Otto Bärnreuther mit der Regierung Wilhelm Högner (SPD) 1957. Die Denkschrift von 1961 (Anlage 3) fand unter den geänderten Bedingungen keine Akzeptanz. Die Forderungen der (Gegen-)Denkschrift der Uni Erlangen nach einer Technischen Fakultät wurde vom Freistaat Bayern dagegen realisiert.

Im **fünften** Anlauf beschloss der Bayerische Landtag im Dezember 2020 die Errichtung der Technischen Universität Nürnberg nach einem mit dem Deutschen Wissenschaftsrat abgestimmten Konzept als neueste deutsche Universitätsgründung. Das stellt Nürnberg mit seinem sozialen und demokratischen Ansatz vor eine große Herausforderung.

SOZIALE UND DEMOKRATISCHE GESCHICHTE – SOZIALE UND DEMOKRATISCHE ZUKUNFT?

NACH 160 JAHREN IM FÜNFTEN ANLAUF GESCHAFFT: TECHNISCHE UNIVERSITÄT NÜRNBERG



Anlage 2

Die soziale und demokratische Handschrift der Stadt Nürnberg – Aufstiegsmöglichkeiten für alle eröffnen

Mit einer Reihe von weiterbildenden Schulen schuf die SPD-regierte Stadt Nürnberg nach dem Zweiten Weltkrieg die Voraussetzung für den Zweiten Bildungsweg. Nach Volksschule und Lehre bot die „Berufsoberschule – BO“ die Möglichkeit über die „Vorkurse zu den Bayerischen Ingenieurschulen“ am Ohm-Polytechnikum, zu studieren und den Ingenieur zu machen. Über die BO kam man auch zum Techniker oder Meister. Heute gibt es eine Vielzahl dieser Schulen. Dass alle Schichten Zugang zum Ohm (heute Technische Hochschule Nürnberg) fanden, zeigt die Zahl von 40 Prozent „Erststudenten“, d. h. die Ersten in ihrer Familie, die studieren! Der Zweite Bildungsweg, die „Ochsentour“, endet jedoch für die meisten auf der Ebene Ingenieur*in oder Betriebswirt*in, heute Bachelor oder evtl. Master, fest eingebunden in ihrer jeweiligen Arbeitsstätte, obwohl eine Reihe von ihnen durchaus an einem akademischen Aufstieg interessiert wäre.

Eigenschaften und Chancen der TUN – neue Möglichkeiten?

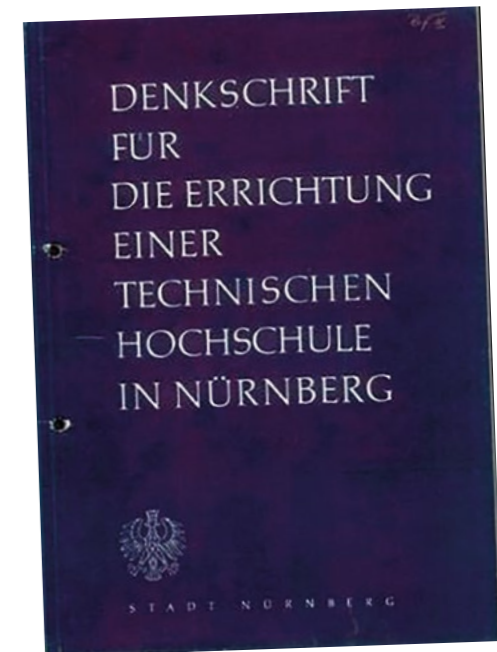
Diese Besonderheiten zeichnen die neue

TUN nach dem im Dezember 2020 beschlossenen „TU Nürnberg-Gesetz – TNG“ aus:

Die relative Unabhängigkeit der Uni und des Gründungspräsidiums, die geplante Digitalität (dezentral studieren?), die geplante Internationalität (50 Prozent englischsprachige Lehrveranstaltungen), die verbindliche Einbeziehung der Geistes- und Sozialwissenschaften („systemische Lösungen für globale gesellschaftliche Herausforderungen“), die Organisation in sechs vernetzte Departements und Aktionsfelder und, besonders wichtig, die Experimentierklausel, die berechtigt, neue Wege zu beschreiten.

An diesen Punkten gilt es, Einfluss zu nehmen, Verbindungen herzustellen, regional zu vernetzen, z. B. auch mit der BA / dem IAB, dem BAMF, der Messe, dem Zukunftsmuseum u.a. Der Anspruch Nürnbergs muss klar herausgestellt werden: Das ist unsere Universität. Dass der Zweite Bildungsweg trotz Beruf nicht zu Ende sein muss, wäre eine soziale und demokratische Aufgabe. Die Aufgabe TUN beginnt erst und ist formbar.

Siehe dazu auch Interview im Franken Fernsehen: www.frankenfernsehen.tv/mediathek/video/talk-nuernberg-bekommt-die-tun/



Anlage 3

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Andreas Mittelmeier

Redaktion: Nasser Ahmed, Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Korrektur: Dagmar Köhnlein

Redaktionsanschrift: der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911-438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



Quellennachweise in: Manfred Scholz, Polytechnik und Industrialisierung, in: Sonderdruck Franconia 6, 2013, S. 113–142. Bildnachweise: Anlage 1: StadtA Nürnberg O11/1 Nr. 97, Anl. 2: Bayr.Landtag 1901/2 Beibd. VIII 659, S. 233, Anl. 3: StadtA Nbg C29 Nr. 1227.



NEUER, GRÖßERER UND WEIBLICHERER VORSTAND BEI DEN FALKEN NÜRNBERG

Wir haben einen neuen und deutlich weiblicheren Vorstand. Juri ist erneut zum F-Ring-Vorsitzenden, der für die Interessen und Angebote der Kinder zuständig ist, gewählt worden. Seine Aufgabe ist es u. a., einen Austausch zwischen den Helfer*innen unserer Kindergruppen in den verschiedenen Ortsverbänden zu organisieren. Als SJ-Ring-Vorsitzende wurde Sina gewählt, sie ist für den Bereich der Jugendlichen verantwortlich. Sie strukturiert u. a. die Kommunikation der Jugend-Helfer*innen der Ortsverbände.

Elen wurde wieder zur Vorsitzenden des Struktur-Ringes gewählt. Sie ist damit für die Verwaltung und den Überblick über unsere Gruppenräume, z. B. unseren geliebten Falkenturm, zuständig. Auch der offene Donnerstagsturm fällt in ihren Verwaltungsbereich.

Unser neuer Ansprechpartner für Öffentlichkeitsarbeit, Bündnisarbeit und Bildungsangebote ist Tobi. Unsere Finanzbeauftragten sind Nikola und Roman. Sie arbeiten sowohl dem Vorstand als auch unseren Büroangestellten zu. Den Posten der Unterbezirksvorsitzenden teilen sich Nico Schreiber und Leonie Längle.

Unsere Satzung haben wir dahingehend verändert, dass unser Vorstand künftig geschlechterquotiert sein wird. Außerdem haben wir ab jetzt eine Doppelspitze, die ebenfalls von mindestens einer Frau besetzt

sein wird. Damit haben wir wichtige feministische Kämpfe der letzten Jahre strukturell verankert.

Mit diesem Vorstand und unserer wachsenden Anzahl an aktiven ehrenamtlichen Mitgliedern sind wir sehr gut aufgestellt, um uns in den kommenden Jahren gegen die Auswirkungen der Corona-Krise und der kapitalistischen Abwälzung ihrer Folgen auf

unsere lohnabhängige Klasse zur Wehr zu setzen. Wir werden weiterhin die Interessen der Kinder und Jugendlichen aus Arbeiter*innenfamilien lautstark vertreten und uns für eine Welt einsetzen, in welcher niemand mehr Angst haben muss vor Armut, Repression, Diskriminierung und davor, an dem Stress zu zerbrechen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen solidarisch miteinander leben können.

AUSLANDSREISE DER KARL-BRÖGER-GESELLSCHAFT

Die Karl-Bröger-Gesellschaft plant die diesjährige Auslandsreise mit dem Schwerpunkt Literatur und Jüdisches Leben per Bus nach Polen. Vom 30. Oktober bis 5. November sind wir unterwegs nach Breslau und Krakau. Unser Vorstandsmitglied Günter Gloser, Staatsminister a.D. im Auswärtigen Amt, ist an der Detailplanung der Reise beteiligt und fragt Termine mit hochrangigen Gesprächspartner*innen an. Daneben werden UNESCO-Weltkulturerbestätten besucht und Stadtführungen zu großen Literaten angeboten. Auch der Besuch der Konzentrationslager-Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau steht auf dem Programm. Mit von der Partie ist auch unser Vereinsvorsitzender Michael Ziegler.

Vorläufiges Programm und Infos: info@karl-broeger-gesellschaft.de

Die Reise wird in Kooperation mit dem Reisebüro Polenreisen Krakauer Turm geplant.

IN EINE KLIMANEUTRALE ZUKUNFT. ABER SOZIAL.

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Unter dem Motto „Sozial. Digital. Klimaneutral.“ will die SPD mit Olaf Scholz Deutschland in die Zukunft führen. Spätestens 2045 soll Deutschland als erstes großes Industrieland klimaneutral sein. Mit innovativer Klimatechnologie wollen wir gleichzeitig neue Arbeitsplätze schaffen. Wir dürfen niemanden zurücklassen und brauchen deswegen soziale Klimapolitik. Die gibt es nur mit der SPD.

Dass es die Pariser Klimaziele überhaupt gibt, dafür hatte eine Sozialdemokratin gekämpft – unsere damalige Umweltministerin Barbara Hendricks. Das Klimaschutzgesetz, das erstmals den bundesweiten Klimaschutz verpflichtend macht, hatte die SPD in den Koalitionsverhandlungen erkämpft. Die Grünen waren damit in den Jamaika-Sondierungen gescheitert, Fridays for Future gab es noch nicht.

Die Energiewende trägt eine sozialdemokratische Handschrift

2020 haben wir beim Strom bereits einen Anteil von 45,4 Prozent an erneuerbarer Energie erreicht. 2010 waren es erst 17 Prozent. Darauf wollen wir mit einem Zukunftspakt aufbauen – zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit verbindlichen Ausbauzielen für erneuerbare Energie. Dass es so einen Pakt braucht, zeigt der Blick ins grün regierte Baden-Württemberg: Von den bundesweit 420 neuen Windenergieanlagen im letzten Jahr sind dort nur 12 entstanden. In Bayern verhindert die CSU den Ausbau, und in Nordrhein-Westfalen will Armin Laschet die Windkraft ausbremsen. Geht es nach der SPD, kommt der Strom bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbarer Energie.

Klimaneutral mit dem Klimaschutzgesetz

Das Klimaschutzgesetz ist das zentrale Gesetz, damit Deutschland die Klimaziele erreicht. Es legt fest, welche Bereiche wie viel CO₂ einsparen müssen. Besteht in einem Bereich Nachholbedarf, ist das zuständige Ministerium zum Handeln verpflichtet. Konkret muss also etwa das Bundesverkehrsministerium neue Klimaschutzmaßnahmen vorschlagen, wenn die Ziele im Bereich Verkehr nicht erreicht werden.

Das Gesetz gab zunächst lediglich Einsparziele bis 2030 vor. Das Bundesverfassungsgericht hatte das bemängelt und geurteilt, dass Ziele für die Zeit nach 2030 früher als bisher



geplant festgeschrieben werden müssen. Genau das hatte die SPD von Anfang an gefordert! Am Ende hat das Bundesverfassungsgericht den Widerstand von CDU und CSU gebrochen. Das ist gut so, denn wir haben das Urteil sofort für eine Erweiterung genutzt, die über die Vorgaben hinausgeht: 2030 soll nun schon eine Minderung des Ausstoßes von Treibhausgasen von 65 Prozent gegenüber 1990 erreicht werden, 2040 eine Minderung von 88 Prozent. Spätestens 2045 ist Deutschland klimaneutral. Diese Ziele sind nun wegen der SPD Gesetz.

Das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas bis 2030

Das Klimaschutzprogramm 2030 und die Klimainvestitionen aus dem Konjunkturprogramm wollen wir weiter ausbauen – insgesamt stellen wir schon 80 Milliarden Euro zur Verfügung. Wir investieren Milliarden in die von der SPD geforderte Wasserstoffstrategie. Bis 2030 soll Deutschland zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien werden: für die klimaneutrale Erzeugung von Stahl, für CO₂-arme Pkws, Lkws und den Schiffs- und Flugverkehr. Es geht aber auch um den bereits gestarteten Ausbau von Ladesäulen und Elektromobilität. Wir haben die Mittel für die Bahn und den ÖPNV massiv ausgebaut. Eine ermäßigte Mehrwertsteuer hat das Bahnfahren billiger gemacht.

Jetzt gehen wir weiter: Deutschland soll bis 2030 das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas aufbauen. Mit einem starken Bahnnetz im „Deutschlandtakt“ und klimafreundlichem ÖPNV. Auch

hier sind wir schon im Umbau. So hat das Bundesumweltministerium es der Stadt Nürnberg mit einer Förderung von fast 24 Millionen Euro ermöglicht, 52 rein elektrisch betriebene Linienbusse anzuschaffen. Kleine Firmen und soziale Dienstleistende werden beim Flottenaustausch unterstützt. Für den Ausbau der Rad-Infrastruktur stehen bis 2023 1,5 Milliarden Euro bereit.

Sozialdemokratische Klimapolitik

Zugunsten sozialer Klimapolitik wollen wir die EEG-Umlage abschaffen, damit der Ausbau der erneuerbaren Energie künftig nicht über die Stromrechnung, sondern aus Steuermitteln finanziert wird. Bei der Gebäudesanierung wollen wir sicherstellen, dass sie nicht zu unbezahlbaren Mieten führt. Bei den Heizkosten wollen wir, dass die CO₂-Besteuerung fair zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen aufgeteilt wird. Wir setzen auf staatliche Förderung für neue Heizungen und Gebäudesanierung sowie für Elektromobilität. Mit der Förderung innovativer Klimatechnologie wollen wir neue Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig klimafreundliche Alternativen ermöglichen. Uns geht es nicht darum, Flugreisen zu verbieten. Das Fliegen muss klimafreundlicher werden. Die CO₂-Bepreisung ist durchaus ein wichtiger Teil des Klimaschutzes. Es wäre aber Klimapolitik für Reiche, jetzt den CO₂-Preis so schnell wie möglich zu erhöhen. Ob Strom- und Heizkosten, bezahlbarer Wohnraum, Teilhabe und Mobilität – es braucht die SPD, um sicherzustellen, dass der Umbau des Landes sozial gerecht erfolgt.

von ARIF TAŞDELEN, MdL

Die von uns beim deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) in Auftrag gegebene Studie „Bayern klimaneutral und sozial“ hat uns wichtige Erkenntnisse und auch Lösungsvorschläge für einen sozial gerechten Klimaschutz geliefert.

Bayern steht vor großen klimapolitischen Herausforderungen – der Handlungsbedarf ist riesig. Die Klimaerwärmung bedroht unsere Lebensgrundlagen – das kriegen wir in den letzten Jahren immer mehr zu spüren. Ständig erleben wir in Deutschland und Bayern vermehrt Starkregen- und Flutkatastrophen oder Hitze- und Trockenheitsperioden. Um das ambitionierte 1,5-°C-Klimaziel zu erreichen, müssen wir jetzt endlich wichtige Weichen stellen. Deswegen setzen wir als BayernSPD-Landtagsfraktion auf eine Klimapolitik für alle statt nur für wenige. Als erste politische Kraft in Bayern legen wir einen Plan für ein klimaneutrales und soziales Bayern bis 2040 vor.

Anhand präziser Vorschläge skizziert die Studie eine politische Neuausrichtung für eine soziale Klimaneutralität in den Bereichen Energie, Verkehr, Gebäude und Industrie. Das Gutachten zeigt, dass die notwendigen Schritte hin zur Klimaneutralität vor allem den unteren 20 bis 30 Prozent der Einkom-



Fotograf: Lennart Preiss

BAYERNSPD-LANDTAGSFRAKTION LEGT MASTERPLAN FÜR EIN KLIMANEUTRALES UND SOZIALES BAYERN BIS 2040 VOR

men besonders helfen würden: Diese Menschen profitieren zum Beispiel besonders von einem günstigeren und besseren öffentlichen Nahverkehr. Regionales und soziales Ungleichgewicht dürfen wir schließlich nicht weiter zulassen. Da kann und muss die Landespolitik gegensteuern!

Die Landtagsfraktion hat eine Mission: Bayern als Vorbild für klimafreundliches Leben und Wirtschaften, in dem sich ökologische und soziale Aspekte verbinden lassen.

Deshalb wollen wir unter anderem...

... **Bürger*innen finanziell an den Erträgen aus Windkraftanlagen beteiligen.**

... **ein einkommensunabhängiges Bayerisches Klimageld einführen, um die Belastung der Menschen durch die CO2-Abgabe zu mindern.**

... **den Ausbau und die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs voranbringen.**

... **die staatliche Unterstützung der Kommunen beim bedarfsgerechten Ausbau der E-Ladeinfrastruktur erweitern.**

... **die Förderung für den Wechsel von Ölheizungen zu klimafreundlichen Alternativen erhöhen.**

... **uns für die Fachkräftesicherung im Sanierungshandwerk einsetzen.**

Damit legt die SPD im Bayerischen Landtag einen echten Masterplan für sozialen Klimaschutz und ein klimaneutrales Bayern schon im Jahr 2040 vor. Und das vor allem sozial verträglich. Dabei haben wir auch im Blick, dass wir Industriestandorte und -regionen erhalten und unterstützen müssen. Als Industrieregion sind uns in Nürnberg auch gerade die Arbeitsplätze ein besonderes Anliegen. Deshalb müssen wir die Transfor-

mation politisch begleiten und die Arbeitsplätze mit Qualifizierungsoffensiven und Weiterbildungsangeboten erhalten, um die Zukunft unserer Stadt und Region zu sichern.

Warum wir als SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag solche Maßnahmenkataloge überhaupt erneut vorlegen müssen, liegt auf der Hand: Die Staatsregierung unter Ministerpräsident Markus Söder behandelt Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit immer noch stiefmütterlich. Das belegt auch diese Studie. Es wird Zeit, dass die Staatsregierung endlich aufwacht und den Menschen zuhört, denn sie wollen schließlich Klimaschutz. Mit unserem vorgelegten Masterplan haben wir gute Maßnahmen vorgeschlagen, die jetzt umgesetzt werden müssen.

KONFERENZ DER INNEN-POLITISCHEN SPRECHER*INNEN:

DIE PANDEMIE STELLT DIE INNENPOLITIK VOR ENORME HERAUSFORDERUNGEN



von STEFAN SCHUSTER, MdL

Am 14. Juni 2021 fand die Konferenz der Sprecher*innen für Innenpolitik der SPD-Fraktionen in Bund, Ländern und Europa statt. Dieses Jahr war unsere bayerische SPD-Landtagsfraktion Gastgeberin – pandemiebedingt leider nur in Form einer Videokonferenz. Als Innenpolitischer Sprecher der Fraktion begrüßte ich die Teilnehmer*innen und wies auf die aktuelle Situation hin: Die Corona-Krise hat uns fest im Griff und das gilt natürlich auch gerade für die Innenpolitik. Wir standen und stehen innenpolitisch vor enormen Herausforderungen. Ausgangsbeschränkungen mussten umgesetzt und überwacht, Demonstrationen begleitet, ein Impfprogramm für Polizistinnen und Polizisten erstellt werden. Es galt, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, aber gleichzeitig auch unsere Freiheit zu schützen.

Nachdem die Bundestagsabgeordneten Dirk Wiese und Ute Vogt über die geplante Änderung des Bundespolizeigesetzes berichtet hatten, wurde über den Umgang mit Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen diskutiert. Die Szene wird teilweise vom Versammlungsschutz überwacht. Die Innenminister*innen der Länder haben sich inzwischen auf einen Mustererlass zum Verbot von Reichskriegsflaggen geeinigt. Man war sich einig, dass Kritik an staatlichen Maßnahmen selbstverständlich hinzunehmen ist, die Balance zwischen Versammlungsfreiheit und Infektionsschutz aber durchaus Schwierigkeiten aufweist.



Mobiles Forensiklabor für Cybercrime mit Polizeihauptkommissarin Schamel und Klaus Adelt, MdL

Für Bayern erläuterte ich meine Recherchen in Bezug auf die Anerkennung von Corona-Erkrankungen als Dienstunfall bei der bayerischen Polizei. Der Umgang mit der Anerkennung von Corona-Erkrankungen als Dienstunfall bei der Polizei ist unsäglich. Von 79 Anträgen wurde bisher über keinen einzigen positiv entschieden. Das ist für die außergewöhnliche Leistung unserer Polizei, die sie in der Pandemie erbringen muss, wirklich ein Armutszeugnis. In der Diskussion wurde deutlich, dass andere Länder hier weniger bürokratisch agieren; so wurden in Berlin 40 Prozent der Anträge bewilligt. Es wurde angeregt – auch in Kooperation mit den Polizeigewerkschaften – Gesetzesinitiativen zu ergreifen, um die Situation zu verbessern.

Eine großes Aufgabenfeld stellt für die Polizei auch die Bekämpfung von Cybercrime dar: Die Brandenburgische Innenpolitikerin Inka Gossmann-Retz hob hervor, dass die Bedrohungslage zunehme und der Staat reagieren müsse. In Bayern ist dafür die Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB) zuständig; die Polizei verfügt auch über ein mobiles Forensiklabor, das dem Innenausschuss kürzlich vorgestellt wurde. Die bearbeiteten Fälle sind vielfältig: Sie reichen von Hackerangriffen über Fälle des Vorkasse-Betrugs im Internet, z. B. durch professionelle sog. Fake-Shops, und Fälle von Ransomware bis hin zum Handel mit Waffen, Drogen und Falschgeld im Darknet.

Natürlich richteten wir unseren Blick auch auf Europa: MdEP Birgit Sippel referierte über die aktuellen Vorwürfe gegen die EU-Grenzschutzbehörde Frontex über Beteiligung an „Push-backs“ und Missmanagement. Drei NGOs (Nichtregierungsorganisationen) haben vor dem Europäischen Gerichtshof Klage wegen des illegalen Zurückweisens von Flüchtlingen eingereicht. Der Europäische Rechnungshof bemängelte zuletzt zudem

deutliche Organisationsdefizite bei Frontex: Die Grenzschutzbehörde unterstütze die Staaten nicht wirksam genug gegen illegale Einwanderung und grenzüberschreitende Kriminalität. In dem Zusammenhang diskutierten die Teilnehmer*innen auch über das geplante „Neue Migrations- und Asyl-Paket“ (New Pact on Migration and Asylum), das die Europäische Kommission im September 2020 vorgestellt hat.

Zum Abschluss habe ich betont, wie wichtig die Vernetzung zwischen Bundes-, Landes und Europaparlament ist, und für eine sozialdemokratische Innenpolitik geworben. Freiheit und Sicherheit sind für die Menschen wichtige Werte, und wir als SPD verkörpern genau diese Balance.

IN GEDENKEN AN DIE OPFER VON UTØYA



Fotos: R. Löster

Am 22.07.2021 jährte sich zum zehnten Mal das rechtsradikal motivierte Attentat an der Jugendorganisation AUF der norwegischen sozialdemokratischen Partei. Gemeinsam mit der SJD –Die Falken haben wir der 69 Jugendlichen gedacht, die am 22. Juli 2011 während ihres Zeltlagers auf der Insel Utøya ermordet wurden.

Bereits früher an diesem Tag legte der Attentäter eine Bombe im Regierungsviertel der Stadt Oslo, durch die weitere acht Menschen starben. Anschließend verschaffte er sich als Polizist verkleidet Zutritt zu dem jährlich stattfindenden Zeltlager der norwegischen Sozialdemokratischen Jugend. Bis die Polizei ihn stellen konnte, vergingen

über 90 Minuten. Seine jüngsten Opfer waren 14 Jahre alt, 32 von ihnen unter 18. Seine Tat gestand er, bekannte sich jedoch keines Verbrechens schuldig.

Sein Ziel: der sozialdemokratische Ministerpräsident Jens Stoltenberg. Sein Motiv: Aufmerksamkeit für seine rechtspopulisti-

schen, antisemitischen und antikommunistischen Gedanken. Er sah in der sozialdemokratischen Regierung, vor allem in ihrem Kurs in der Migrationspolitik, sein Feindbild manifestiert.

„Es fällt schwer, als Falkin über das zu sprechen, was vor zehn Jahren geschehen ist, da klar ist: Das Massaker auf Utøya galt unserer sozialistischen Arbeiter*innen- und Arbeiter*innenjugendbewegung. Es hätte auch uns treffen können. Oder besser gesagt: Es hat uns getroffen. Wenn wir heute die Berichte der Überlebenden lesen, fühlen wir uns in unsere Falken-Zeltlager versetzt. Es wird von Zeltlagererfahrungen berichtet, die die unseren sein könnten.“ Tabea (SJD – Die Falken)

Zehn Jahre später stehen wir als sozialistische Jugendorganisationen zusammen und blicken auf Jahre des Rechtsrucks in Deutschland, in Europa und vielen Ländern weltweit. Rechte Ideologien verbreiten sich, Rechte morden weiter. Der 22. Juli ist nicht nur ein Tag des Gedenkens, sondern ein Tag, an dem wir uns aktiv gegen Hass und Ausgrenzung stellen. Wir stehen gemeinsam für Internationalismus und Sozialismus, wir stehen an der Seite von allen, die rechter Gewalt ausgesetzt sind.

Denn die Überlebende des Attentats und norwegische Politikerin Kamzy Gunaratnam gibt uns einen klaren Auftrag mit: „Wir haben uns das Versprechen gegeben: Nie wieder 22. Juli. Wir haben einander versprochen, niemals zuzulassen, dass sich ein solcher Hass ausbreitet. Und dieses Versprechen haben wir nicht gehalten.“



KARAR MUSTAFA QASIM. ANDREAS EDVARDSEN. RONJA SØTTAR JOHANSEN. EMIL OKKENHAUG. ÅSTA SOFIE HELLAND DAHL. MONICA ISELIN DIDRIKSEN. RUNE HAVDAL. TORE EIKELAND. ESPEN JØRGENSEN. KARINELENA HOLST. ALEKSANDER AASERIKSEN. VICTORIA STENBERG. RUTHBENEDICTEVATNDAL NILSEN. ISABEL VICTORIA GREENPARISH. IDA BEATHE ROGNE. ELISABETH TRØNNES LIE. MONICA ELISABETH BØSEI. HÅVARD VEDERHUS. CARINA BORGUND. INGRID BERG HEGGELUND. TARALD KUVEN MJELDE. PORNOTIPP ARDAM. ANDRINE BAKKENE ESPELANDL. TORJUS JAKOBSEN BLATTMANN. JAMIL RAFAL MOHAMAD JAMIL. TINA SUKUVARA. FREDRIK LUND SCHJETNE. STEINAR JESSEN. LEJLA SELACI. HENRIK RASMUSSEN. THOMAS MARGIDO ANTONSEN. MONA ABDINUR. ANDERS KRISTIANSEN. TAMTA LIPARTELLIANI. KEVIN DAAE BERLAND. SILJE STAMNESHAGEN. HANNE KRISTINE FRIDTUN. KJERSTI BERG SAND. HÅKON ØDEGAARD. SONDRE FURSETH DALE. HENRIK ANDRÉ PEDERSEN. EIVIND HOVDEN. ROLF CHRISTOPHER JOHANSEN PERREAU. SVERRE FLÅTE BJØRKAVÅG. EVA KATHINKA LÜTKEN. ISMAIL HAJI AHMED. MARIA MAAGERØ JOHANNESEN. MODUPE ELLEN AWOYEMI. LENA MARIA BERGUM. GURO VARTDAL HÅVOLL. MARIANNE SANDVIK. ANDREAS DALBY GRØNNESBY. SONDRE KJØREN. BENDIK ROSNÆS ELLINGSEN. GIZAM DOGAN. SCHNORRE HALLER. JOHANNES BUØ. SHARIDYN SVEBAKK-BØHN. SILJE MERETE FJELLBU. HANNE A. BALCH FJALESTAD. BANO ABOBAKAR RASHID. SYVERT KNUDSEN. DIDERIK AAMODT OLSEN. SIMON SÆBØ. SYNNE RØYNELAND. TROND BERNTSEN. BIRGITTE SMETBAK. MARGRETHE BØYUM KLØVEN. SOGAR FLUGSTAD MALMEDAL. GUNNAR LINAKER.



#10YEARSUTØYA

GEDENKEN AN UWE HAAS

24.03.1943 – 4.07.2021



Kolleginn

Wir trauern um unseren Genossen, unseren Freund und ehemaligen Mitarbeiter Uwe Haas.

Uwe bereicherte viele Jahrzehnte die SPD Nürnberg mit seiner Arbeit. In dieser Zeit war er in vielen Wahlkämpfen zuständig für das Vorbereiten und die Pflege unserer Plakatstände. Bis Anfang der 90er Jahre war er außerdem auch als Drucker in der hauseigenen Druckerei der SPD Nürnberg tätig.

Bei Parteitag der SPD Nürnberg und der SPD Mittelfranken war Uwe immer im Einsatz: sei es beim Aufbau und Abbau und während des Parteitages in der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Parteitage ohne Uwe waren schlicht nicht vorstellbar. Auch für die Vorbereitungen von Großveran-

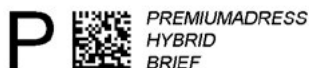
staltungen und Kundgebungen war Uwe immer der richtige Ansprechpartner.

Sein tatkräftiger Einsatz für die Sozialdemokratie war ihm eine echte Herzensangelegenheit.

2018 wurde ihm deshalb für seine Verdienste von der SPD Nürnberg die Käte-Strobel-Medaille verliehen.

Bei all diesen Tätigkeiten, egal wie anstrengend sie manchmal auch sein konnten, war Uwe nie aus der Ruhe zu bringen. Egal wie groß der Stress war – er war immer ein ruhender Pol. Man konnte sich stets auf ihn verlassen!

Uwe hat einen festen Platz in den Gedanken und Herzen vieler Genossinnen und Genossen. Ruhe in Frieden, lieber Uwe!



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



DIALOGPOST
Ein Service der Deutschen Post

ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / AUGUST 2021

01.08.2021 – 15:00 bis 19:00 Uhr
SPD-Mögeldorf - Infostand
Pegnitztal Ost/Schilfstrasse Wendehammer

03.08.2021 – 09:00 bis 14:00 Uhr
SPD-Gartenstadt - Infostand
Kreuzung Minervastraße/
Julius Loßmann Straße

07.08.2021 – 10:00 bis 13:00 Uhr
SPD-Johannis - Infostand
Burgschmietstr. 52

07.08.2021 – 10:00 bis 12:00 Uhr
SPD-Zabo - Infostand
Johann-Adam-Reitenspieß-Platz

07.08.2021 – 11:00 bis 14:00 Uhr
SPD-Nordbahnhof - Infostand
Kaulbachplatz Nordostecke Kaulbach-/
Schweppermannstraße

07.08.2021 – 10:00 bis 14:00 Uhr
SPD-Hummelstein - Infostand
Südstadtbad vor Kirche Allersberger Str. 120

07.08.2021 – 08:00 bis 16:00 Uhr
SPD-Reichelsdorf - Infostand
Reichelsdorfer Hauptstraße vor Sparkasse

08.08.2021 – 10:00 bis 18:00 Uhr
SPD-Gostenhof - Infostand
Fürtherstr. 75

10.08.2021 – 17:00 bis 19:00 Uhr
**Mieterbüro der SPD Nürnberg:
Sprechstunde SPD-Mieterbüro**
Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

10.08.2021 – 09:00 bis 14:00 Uhr
SPD-Gartenstadt - Infostand
Kreuzung Minervastraße /
Julius Loßmann Straße

11.08.2021 – 10:00 bis 14:00 Uhr
SPD-Hummelstein - Infostand
Norma Halskestraße/ Maffeiplatz

11.08.2021 – 15:00 bis 17:00 Uhr
SPD-Johannis - Infostand
Westbad, Wiesentalstrasse 41, Süßheimweg

13.08.2021 – 15:00 bis 17:00 Uhr
SPD-Langwasser - Infostand
vor Frankencenter/ Busbahnhof
(Glogauer Straße, 90473 Nürnberg)

13.08.2021 – 10:00 bis 18:00 Uhr
SPD-Nordbahnhof - Infostand
Schweppermannstr. 49/ Kaulbachstraße

14.08.2021 – 09:00 bis 12:30 Uhr
SPD-Siedlungen Süd - Infostand
Deidesheimer Straße 10

14.08.2021 – 10:00 bis 12:00 Uhr
SPD-Johannis - Infostand
Ecke Bucher, Archivstr. 3

14.08.2021 – 10:00 bis 14:00 Uhr
SPD-Hummelstein - Infostand
Gugelstr. 119/ Ecke Siemensstraße

14.08.2021 – 10:00 bis 12:00 Uhr
SPD-Zabo - Infostand
Zerzabelshofer Hauptstraße 75,
90480 Nürnberg

17.08.2021 – 09:00 bis 14:00 Uhr
SPD-Gartenstadt - Infostand
Kreuzung Minervastraße/
Julius Loßmann Straße

18.08.2021 – 15:00 bis 18:00 Uhr
SPD-Johannis - Infostand
Westbad Wiesentalstrasse 41, Süßheimweg

20.08.2021 – 10:00 bis 14:00 Uhr
SPD-Nordbahnhof - Infostand
Friedrich-Ebert-Pl./ Archivstr. Südseite

20.08.2021 – 15:00 bis 17:00 Uhr
SPD-Thon/Almoshof - Infostand
Kleinreuther Weg/ Mittelstraße/
Sebaldusstraße

21.08.2021 – 10:00 bis 13:00 Uhr
SPD-Schniegling - Infostand
Brettergartenstr. 95

21.08.2021 – 10:00 bis 12:00 Uhr
SPD-Johannis - Infostand
Großweidenmühlsteg

21.08.2021 – 10:00 bis 14:00 Uhr
SPD-Hummelstein - Infostand
Kopernikusplatz

21.08.2021 – 09:00 bis 12:00 Uhr
SPD-Siedlungen Süd - Infostand
Julius-Loßmann-Straße/ Ecke Saarbrücke-
ner Straße, Bäckerei Woitinek

21.08.2021 – 10:00 bis 12:00 Uhr
SPD-Zabo - Infostand
Zerzabelshofer Hauptstraße 19,
90480 Nürnberg vor Sparkasse Zabo

24.08.2021 – 17:00 bis 19:00 Uhr
**Mieterbüro der SPD Nürnberg:
Sprechstunde SPD-Mieterbüro**
Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

24.08.2021 – 09:00 bis 14:00 Uhr
SPD-Gartenstadt - Infostand
Kreuzung Minervastraße/
Julius Loßmann Straße

27.08.2021 – 13:00 bis 17:00 Uhr
SPD-Hummelstein - Infostand
Kopernikusplatz 32

28.08.2021 – 10:00 bis 13:00 Uhr
SPD-Schniegling - Infostand
Brettergartenstr. 95

28.08.2021 – 10:00 bis 12:00 Uhr
SPD-Johannis - Infostand
Burgschmietstr. 52

28.08.2021 – 10:00 bis 12:00 Uhr
SPD-Zabo - Infostand
Zerzabelshofer Hauptstraße 19,
90480 Nürnberg

Wir von der NürnbergSPD standen in direktem Austausch mit Genossinnen und Genossen aus dem Hochwassergebiet. In Rücksprache mit ihnen bitten wir euch um eine Spende, sofern euch das möglich ist. Jetzt ist Solidarität gefordert.

HOCHWASSER IN DEUTSCHLAND GEMEINSAM HELFEN WIR DEN FLUTOPFERN!

"Aktion Deutschland Hilft" ruft mit folgendem Konto zu Spenden auf:
IBAN: DE62 3702 0500 0000 1020 30
BIC: BFSWDE33XXX
Stichwort: Hochwasser

„Aktion Deutschland Hilft“ ist vor Ort und leistet den Menschen Hilfe. Das Bündnis deutscher Hilfsorganisationen hilft bei Evakuierungen, organisiert Notunterkünfte und unterstützt traumatisierte Menschen.